



Bilanz 2025

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*



Die Bilanz des Wirtschaftsrates 2025

Die zentralen politischen Erfolge

Das Jahr 2025 war einmal mehr geprägt von der mittlerweile unübersehbaren Strukturkrise des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Deutschland. Eine hartnäckige Wachstumsschwäche, besorgniserregende Produktionsverlagerungen von Unternehmen ins Ausland, atemberaubende Fehlbeträge in den Sozialversicherungen und Millionen erwerbsfähige Menschen, die Arbeitslosenunterstützung und Bürgergeld erhalten, obwohl Arbeitskräfte gesucht werden, sind nur einige Kennzahlen dieser Entwicklung. An dem Handlungs- und Reformbedarf gibt es längst keinen Zweifel mehr.

Schon jetzt erlebt das Land, erleben seine Bürger, tagtäglich die logischen Konsequenzen aus den sich summierenden falsch gesetzten Rahmenbedingungen. Verkehrswege, Schulen, Rathäuser bröckeln; Polizei, Feuerwehren, Lehrer kämpfen mit antiquierter Technik; Smart Government ist so gut wie nicht existent; die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes schreitet voran, Sicherheit und Ordnung schwinden. Vor allem aber ersticken das Land, ersticken seine Wirtschaft und Bürger, in einer überfordernden Bürokratie.

Erste gegensteuernde Maßnahmen hat die neue CDU-geführte Bundesregierung – auch auf Druck des Wirtschaftsrates – ergriffen. In der Migrationspolitik ist eine Wende eingeleitet, und das Projekt Staatsmodernisierung ist angestoßen. Gerade im Wirtschaftsministerium und in dem auf unsere Empfehlung hin gegründeten Digitalministerium herrscht eine Grundmelodie, die sich wohltuend von dem interventionistischen Wirtschaftsmodell Robert Habecks absetzt. Von einem ordnungspolitischen Befreiungsschlag aber kann noch längst keine Rede sein. Es braucht mehr!

Mit der Unterstützung seiner Mitglieder wird der Wirtschaftsrat deshalb weiter den Druck aufrechterhalten, wenn nötig erhöhen, und die in seinen Reihen entwickelten Handlungsempfehlungen in die Politik tragen – wie er es bereits im Laufe des zurückliegenden wichtigen Jahres der Weichenstellungen getan hat. Die Bilanz dieser Aktivitäten halten Sie in Ihren Händen.

So geht der Wirtschaftsrat in das 63. Jahr seines erfolgreichen Bestehens: als kraftvolle Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, als Impuls- und Ideengeber. Damit dieser Auftrag auch weiterhin gelingt, bitten wir um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich auch im vor uns liegenden Jahr in den Wirtschaftsrat ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2026

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär



„Ich freue mich, zusammen mit dem Wirtschaftsrat Politik in Deutschland zu gestalten und vor allem der Sozialen Marktwirtschaft wieder Gehör zu verschaffen. Deutschland braucht mehr Soziale Marktwirtschaft. Dafür steht der Wirtschaftsrat, dafür stehe auch ich.“

Friedrich Merz MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

1. Europa

Konkrete Beispiele für De-Regulierung eingebracht

Mit der neu zusammengekommenen Europäischen Kommission haben die EU-Institutionen zu Beginn 2025 ihre politischen Arbeiten aufgenommen. Zu Jahresbeginn hat der EU-Kommissar Valdis Dombrovskis ein so genanntes Omnibus-Verfahren eröffnet, um in ausgewählten EU-Legislativvorgaben Vereinfachungen und Verbesserungen zu erreichen. Der Wirtschaftsrat hat sich von Beginn an frühzeitig – noch vor Veröffentlichung der jeweiligen Omnibuspakete – eingebracht und sammelte in einer umfangreichen Befragung seiner Mitgliedsunternehmen konkrete Beispiele für regulatorische Überlastung durch EU-Vorgaben. Damit konnte der Wirtschaftsrat den Entwurf des ersten Omnibus-Pakets aktiv mitgestalten.

Auf Grundlage der vom Wirtschaftsrat gelieferten Punkte wurden im Ergebnis erhebliche Erleichterungen bei den Berichtspflichten aus der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) erreicht (siehe auch → Ernährung). Ebenso konnten Anpassungen der EU-Taxonomie durchgesetzt werden. So wurden auf Empfehlung des Wirtschaftsrates zum Beispiel die Schwellenwerte für die Reportingpflichten erhöht und nicht-kapitalmarktorientierte Unternehmen von den direkten Berichtspflichten ausgenommen. Gleichwohl besteht für mittelständische Zulieferunternehmen in der Wertschöpfungskette eine mögliche Mitwirkungspflicht gegenüber dem berichtspflichtigen Unternehmen (trickle down). Hier sind die Berichtspflichten jedoch für zwei Jahre ausgesetzt.



„Die Frage, ob wir unsere wirtschaftliche Stabilität und Stärke in der globalen Welt bewahren können, ist entscheidend. Dafür sind Beratungen des Wirtschaftsrates, die Unternehmen und Politik zusammenbringen, von größter Wichtigkeit.“

Manfred Weber MdEP
Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Mit vergleichbaren Abfragen unter seinen Mitgliedern zum Abbau von EU-Vorgaben hat sich der Wirtschaftsrat auch in weitere Omnibus-Verfahren konstruktiv eingebracht. Zu nennen sind hier der so genannte Omnibus IV zur Verbesserung der Bedingungen für KMU und Scaleups, der Omnibus V zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit oder der Omnibus VII zur Vereinfachung der Digitalgesetzgebung.

Als Erfolg muss vor allem auch gewertet werden, dass der Wirtschaftsrat vor dem Hintergrund der intensiven Beteiligung seiner Mitglieder von der Europäischen Kommission auch zu weiteren Themen immer wieder als Input-Geber angefragt wurde. Dies stärkte nicht zuletzt die Rolle des Wirtschaftsrates als Anwalt der Interessen gerade der mittelständischen Unternehmen.

Auch in 2026 wird der Wirtschaftsrat im engen Dialog mit EU-Parlament, EU-Kommission und Rat der EU den Druck aufrechterhalten, damit Brüssel einem weiteren Regulierungsabbau und der Schaffung wettbewerbsfähigerer Rahmenbedingungen hohe Priorität einräumt. Der direkte Austausch über verschiedene Formate gerade auch der europäischen Fachkommissionen des Wirtschaftsrates wird hierzu ausgebaut werden. Die Bilanz des Jahres 2025 hat bewiesen, dass sich diese Investition lohnt.

2. Staatsmodernisierung

An der Modernisierungsagenda der Bundesregierung wesentlich mitgewirkt

Gerade die Modernisierung von Staat und Verwaltung war eines der Kernthemen des zurückliegenden Jahres. Die offensichtliche Notwendigkeit einer echten Staatsmodernisierung hat dazu geführt, dass der Empfehlung des Wirtschaftsrates folgend eigens ein Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung eingerichtet wurde. Besonders wichtig auch: die Vorschläge des Wirtschaftsrates für die Governance-Strukturen, insbesondere der Budgetkompetenz des Bundesdigitalministerium wurden eins zu eins umgesetzt.

Ein weiterer durchschlagender Erfolg war die Übernahme zahlreicher Vorschläge zur Staatsmodernisierung. Hier konnte der Wirtschaftsrat sowohl im Koalitionsvertrag als auch in den beiden Modernisierungsagenden Bund und Föderal in zentralen Fragen nahezu vollumfänglich seine Empfehlungen platzieren:

■ **Aufgabenkritik:** Hinterfragen von Staatsaufgaben sowie stärkere Ausrichtung auf eine konkrete Ziel- und Wirkungsorientierung in der Öffentlichen Verwaltung, mithin effiziente Aufgabenbündelung zwischen Bund und Ländern,

■ **Erfüllungsaufwand:** Entlastung der Wirtschaft durch die Reduzierung des Erfüllungsaufwands um mindestens 25 Prozent,

■ **Verwaltungsreform:** ressortübergreifende Verwaltungsreform zum Abbau von Redundanzen mit einer Reduzierung der über 950 Bundesbehörden, Personalabbau in der Bundesverwaltung bis 2029 um mindestens acht Prozent, Bündelung von Personalgewinnungsverfahren, Personalplanung, Personalentwicklung, Schaffung von Poollösungen und einheitliche Beurteilungsstandards für die Bundesverwaltung,

■ **Verwaltungsdigitalisierung:** Abbau von Digitalhemmnissen, Vereinfachung von Identifizierungsverfahren sowie Fortschritte bei der Standardsetzung für die Digitalisierung der Verwaltung,

■ **Dienstrecht:** grundlegende Überarbeitung des Dienstrechts mit Fokus auf Anreiz- und Leistungsorientierung, mithin stärkere Durchlässigkeit für Quereinsteiger in der öffentlichen Verwaltung,

■ **Bessere Rechtsetzung:** Einführung umfangreicher Praxis- und Digitalchecks in der Gesetzgebung, Stärkung von Experimentierklauseln in neuen und bestehenden Gesetzen.

Auch 2026 wird sich der Wirtschaftsrat in die Ausarbeitung und Umsetzung der föderalen Modernisierungsagenda einbringen. Aber auch die bundespolitischen, horizontalen Aufgabenstellungen zur Staatsmodernisierung bleiben auf der Tagesordnung. Bis dato sind die Bundesressorts noch zu ambitionlos, um wirkliche Beiträge für Bürokratieabbau und moderne Prozesse in die Tat umzusetzen. Die ambitionierten Ziele des Koalitionsvertrages müssen nun Realität werden.

3. Steuern und Haushalt

Steuerliche Entlastungen für Unternehmen auf den Weg gebracht

Das haushaltspolitische Jahr 2025 war geprägt von den fortwirkenden Krisen der vorherigen Ampelregierung. Die erste Jahreshälfte stand im Zeichen großer Ausgabenprogramme, darunter die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben und ein 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen. Steuerpolitisch überwand die neue Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag hingegen Jahrzehntelangen Stillstand. In der zweiten Jahreshälfte geriet jedoch die Aufbruchsstimmung durch die neu entfachte Erbschaftsteuerdebatte ins Stocken. Hier konnte der Wirtschaftsrat vorerst ein Stopp-schild aufstellen.

Als weitere steuer- und haushaltspolitische Erfolge sind anzuführen:

■ Direkt in die Regierungsagenda übernommen wurde zum Beispiel die vom Wirtschaftsrat geforderte Einführung eines One-Stop-Shops für die Gewerbesteuer



„Die Jahrestagung des Wirtschaftsrates ist ein Treffen des Who's Who der deutschen, und zudem der europäischen Wirtschaft. Wenn Industrie und Mittelstand Gesprächsbedarf haben oder es womöglich existenzielle Herausforderungen gibt, ist der Wirtschaftsrat der Ort für einen guten Austausch.“

Katherina Reiche
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

oder auch die Ausweitung der Selbstveranlagung. Dies gilt angesichts der komplexen Koalitionsverhandlungen als strategischer Durchbruch und unterstreicht die Rolle des Wirtschaftsrates als entscheidenden Impulsgeber der steuerpolitischen Agenda.

■ Ebenfalls in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist die langjährige Forderung des Wirtschaftsrates, den Steuersatz für Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent abzusenken. Dies wird die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen stärken und die Attraktivität des Standorts Deutschland erhöhen.

■ Maßgeblich prägte der Wirtschaftsrat auch die Diskussion über die Reform der Schuldenbremse mit. Zahlreiche haushaltspolitische Stakeholder orientieren sich inzwischen an seiner Linie, insbesondere bei der Einbeziehung verdeckter Verbindlichkeiten und der Verschärfung verfassungsrechtlicher Vorgaben der Schuldenregelung, um die Stabilität der Staatsfinanzen langfristig zu sichern.

■ Aber auch in der Steuerpolitik sind zentrale Empfehlungen des Wirtschaftsrates von zahlreichen Verbänden und Institutionen übernommen worden. Zu einem wichtigen Thema der steuerpolitischen Debatte wurden so zum Beispiel die Entbürokratisierungsvorschläge des Wirtschaftsrates. Erste Entlastungsmaßnahmen wurden bereits mit dem Steueränderungsgesetz 2025 umgesetzt, etwa die Abschaffung der Lizenzschanke des § 4j EStG im Außensteuerrecht oder die Anhebung der Freigrenzen bei der Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 9 und 12 AStG).

Auch im Jahr 2026 wird sich der Wirtschaftsrat für ein solides Fundament der deutschen Staatsfinanzen einsetzen. Dafür werden wir die Expertenkommission zur Reform der Schuldenbremse weiterhin kritisch begleiten. Daneben werden wir uns dafür engagieren, dass die guten Reformvorschläge, u.a. aus der Expertenkommission des Bundesfinanzministeriums zur Reform der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung, von der Bundesregierung endlich umgesetzt werden. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt wird weiterhin auf der Reduktion der Steuerbürokratie liegen.



„Der Wirtschaftsrat bündelt verschiedene Strömungen und bringt die Dinge auf den Punkt. Dies ist gerade in der Startphase der neuen Bundesregierung von besonderer Bedeutung, denn es bietet die Möglichkeit, die relevanten Themen Revue passieren zu lassen, zu diskutieren und zu hinterfragen, ob der Koalitionsvertrag auf dem richtigen Weg ist.“

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Vorsitzender des Aufsichtsrates, Bayer AG

4. Arbeitsmarktpolitik

Stärkere Arbeitsanreize für Transferempfänger durchgesetzt

Im Regierungsprogramm der Koalition konnten zudem langjährige Forderungen des Wirtschaftsrates zur Stärkung der Arbeitsanreize für Transferempfänger verankert werden, vor allem die Überwindung des „Bürgergeldes“ und die Rückkehr zum erfolgreichen Grundprinzip des „Förderns und Forderns“. Dieser Kurswechsel ist umso wichtiger, als immer höhere Mittel, aktuell rund 50 Milliarden Euro, an „Bürgergeld“-Empfänger fließen, von denen 1,8 Millionen als erwerbsfähig eingestuft werden. Gleichzeitig bleiben über eine Million Stellen unbesetzt, und Unternehmen suchen händeringend nach Fach- wie auch nach einfachen Arbeitskräften. Dieses Missverhältnis zeigt, dass der Sozialstaat in seiner heutigen Form Fehlreize setzt und dringend neu geordnet werden muss. Das schließt gerade auch das konsequenteren „Fordern“ der Transferempfänger ein.

Ganz auf dieser Linie und im Sinne des Wirtschaftsrates wurde erst im Koalitionsvertrag und dann im Gesetzentwurf zur Reform der Grundsicherung verankert:

- Jeder arbeitslose Transferempfänger hat sich aktiv um Beschäftigung zu bemühen. Diese Selbstverständlichkeit war mit dem „Bürgergeld“ der Ampelregierung zurückgedrängt worden, dabei ist es Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips, dass Selbsthilfe, wo immer möglich, Vorrang vor Unterstützung durch die Solidargemeinschaft haben muss.
- Sanktionen gegen unkooperative Transferempfänger greifen künftig schneller, einfacher, unbürokratischer und schärfter, bis hin zum vollständigen Leistungsentzug. So wird der Vorrang von Selbsthilfe vor Unterstützungsleistungen durch die Gesellschaft durchgesetzt.
- Die von der Ampelregierung eingeführte einjährige Karenzzeit für höhere Unterkunftskosten und Vermögen wird wieder abgeschafft. Dadurch wird wieder von Anfang an vermittelt, dass die schnellstmögliche Überwindung der Transferbedürftigkeit das Ziel ist.

■ Vermittlung in Arbeit erhält grundsätzlich Vorrang, in aller Regel auch vor Qualifizierungsmaßnahmen. Dies entspricht dem Prinzip der Überwindung der Transferbedürftigkeit. Zudem werden Qualifikationen vor allem „on the job“ erworben.

Stärkere Arbeitsanreize durch Überwindung des „Bürgergeldes“ sowie ein flexiblerer, aufnahmefähigerer Arbeitsmarkt zur Integration möglichst vieler Menschen in die Erwerbswelt stehen auch 2026 ganz oben auf der Agenda des Wirtschaftsrates. Ein hoher Beschäftigungsstand ist zugleich die Grundlage für Wertschöpfung und damit kräftig sprudelnde Steuern und Sozialversicherungsbeiträge als Basis unserer Sozialsysteme. Dies ist umso wichtiger, als die Bevölkerungsalterung mit dem Ausscheiden der ersten geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben in der noch jungen Legislaturperiode erstmals den Arbeitsmarkt wie auch unsere umlaufgeförderten Sozialsysteme trifft, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung. Umso nachdrücklicher engagiert sich der Wirtschaftsrat für eine Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine attraktive kapitalgedeckte, eigenverantwortliche Altersvorsorge.

5. Finanzmärkte und Währung

Privates Kapital für Unternehmensfinanzierung mobilisiert

Die Konstituierung der neuen Europäischen Kommission und die Wahlen des Deutschen Bundestages prägen auch das Arbeitsjahr in der Finanzmarkt- und Währungspolitik. Auch auf diesem Politikfeld hat sich der Wirtschaftsrat erfolgreich eingebbracht.

- So konnte der Wirtschaftsrat im Zuge der Verhandlungen zur Bildung der neuen Bundesregierung die Forderung, stärker als bislang privates Kapital für Investitionen zu aktivieren, erfolgreich einbringen. Damit werden für öffentliche Güter nun Möglichkeiten geschaffen, im Geldvermögen schlummerndes Kapital für private Investitionen, etwa für Infrastrukturprojekte, zu mobilisieren.
- Aber auch für die europäische Ebene konnte der Wirtschaftsrat Initiativen anstoßen. Die Initiative für einen europäischen Verbriefungsmarkt etwa ist auf seinen Vorschlag zurückzuführen, zudem die künftige Ausrichtung der EU-Finanzmarktregulierung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Damit verbunden war die Teilnahme der neuen EU-Finanzkommissarin Maria Luis Albuquerque an der Finanzmarktklausur des Wirtschaftsrates und damit der erste Country Visit der Finanzkommissarin, und zwar in Deutschland.
- Mit Einsetzen der „Expertenkommission für die Modernisierung der Schuldenregel“ hat der Wirtschaftsrat erfolgreich darauf hingewirkt, dass die politische Diskussion auch die private Ko-Finanzierung öffentlicher

Dienstleistungen berücksichtigt. Denn eine kluge Ko-Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch privates Kapital entlastet nicht nur die öffentlichen Haushalte, sie nimmt vor allem den Druck von der Schuldenbremse. Aber vielmehr noch bedeutet die Beteiligung Privater ein Hinterfragen von Effizienz und Sinnhaftigkeit öffentlicher Projekte; denn es muss sich auch eine Rendite einstellen.

■ Der Wirtschaftsrat erkennt seine Handschrift aber auch in der politischen Befassung zum Digitalen Euro. Mit den neuen Berichterstattungen aus der Familie der EVP im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament besteht Einigkeit im Umgang mit diesem Projekt der Europäischen Zentralbank. Die parlamentarischen Gesetzgeber in Bund und EU verfolgen nunmehr auch den Ansatz, den Digitalen Euro nicht nur als Instrument für Verbraucherzahlungen zu verstehen, sondern auch die Anwendungsfälle in Wirtschaft und Industrie in den Blick zu nehmen.

Im neuen Arbeitsjahr wird der Wirtschaftsrat weiter die Kernfrage bearbeiten, wie es gelingt, privates Kapital stärker für Wirtschaft, Wachstum und öffentliche Projekte zu mobilisieren. Auf Ebene der EU wird sich der Wirtschaftsrat insbesondere für ein Omnibus-Verfahren zur Vereinfachung der Finanzmarktregulierung einsetzen.

6. Digitalisierung und Innovation

Grundstein für eine souveräne und zukunftsfähige digitale Nation gelegt

Deutschland steht vor der Herausforderung, nicht im internationalen Innovations- und Digitalisierungswettbewerb massiv zurückzufallen. Laut dem Digital Economy and Society Index 2024 liegt Deutschland auf dem 9. Platz in der EU. Um digital zukunftsfähig zu bleiben, braucht es insofern eine leistungsstarke digitale Infrastruktur, eine Cybersicherheitsarchitektur und die Förderung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz (KI). Ein innovationsfreundliches Umfeld, das Start-ups unterstützt, sowie ein klarer rechtlicher Rahmen für KI sind ebenfalls entscheidend. Zudem muss ein Level-Playing-Field für faire Wettbewerbsbedingungen in Europa geschaffen werden. 2025 legte Deutschland mit technologischen Fortschritten, der Förderung von Start-ups und einem klaren KI-Rahmen wichtige Grundlagen für digitale Souveränität und Innovationskraft. Nur so sichern wir unsere Position als führende Industrienation im digitalen Zeitalter.

Die Arbeitsergebnisse in der Digital- und Innovationspolitik:

- **Cybersicherheit:** Erfolgreich setzte sich der Wirtschaftsrat für die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie ein, indem übermäßige nationale Zusätze („Gold-Plating“) verhindert wurden. Gleichzeitig wurde der Schutz kritischer IT-Infrastrukturen gestärkt, EU-weite Standards

harmonisiert und öffentliche Beschaffungen technologieoffen und innovationsfördernd gestaltet, um Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.

■ **Digitale Infrastruktur:** Durch die TKG-Novelle wurde der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen als „überragendes öffentliches Interesse“ gesetzlich verankert. Genehmigungsverfahren für Ausbauprojekte genießen nun höchste Priorität, beschleunigte Verfahren und einheitliche Standards führten zu deutlichen Fortschritten beim Ausbau digitaler Netze in Stadt und Land.

■ **Künstliche Intelligenz:** Durch Anpassungen im Rahmen der Digitalen-Omnibus-Initiative konnte ein Moratorium für die Anwendung der Hochrisiko-KI-Regeln des AI Acts erreicht werden, wodurch deren Inkrafttreten von August 2026 auf Dezember 2027 verschoben wurde.

■ **Digitale Transformation:** Ein entscheidender Erfolg war die Schaffung eines Digitalministeriums, das die Durchsetzungskraft der digitalen Transformation stärkt. Zudem wurde ein Mindset-Wechsel in der Datenpolitik erreicht, sodass Daten zunehmend als Wertschöpfungspotenzial verstanden und Datenschutzvorgaben innovationsfreundlicher angewendet werden.

■ **Start-up-Ökosystem:** Zufrieden zeigt sich der Wirtschaftsrat mit der Entscheidung der Bundesregierung, den Deutschlandfonds mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro auszustatten. Auch die Verfestigung des Zukunftsfonds sowie die Aufstockung der WIN-Initiative auf 25 Milliarden Euro sind zu begrüßen. Die Koalition ist damit zentralen Empfehlungen des Wirtschaftsrates gefolgt.

Auch 2026 wird der Wirtschaftsrat Empfehlungen für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, für ein innovationsfreundliches Umfeld und ein starkes Start-up-Ökosystem in die Politik einbringen. Notwendig ist ein klarer Masterplan für Künstliche Intelligenz sowie Investitionen in Rechenzentren und souveräne Cloud-Lösungen. Für Start-ups und den Mittelstand müssen bürokratische Hürden weiter abgebaut werden. Gleichzeitig ist die Förderung von digitalen Kompetenzen sowie KI-Fähigkeiten entscheidend. Auch muss das Innovationsökosystem durch moderne Vergabeverfahren gestärkt werden.

7. Energie und Industrie

Neustart der Energiepolitik mit klarer Strategie erreicht

Das Wahljahr 2025 stand energie- und industriepolitisch ganz im Zeichen des Starts der neuen Bundesregierung. Gerade die Energiepolitik der vormaligen Ampelregierung hatte ihren Anteil am Scheitern des Kabinetts von Olaf Scholz MdB. Weder bei der Bewältigung der drohenden Stromlücke durch eine angemessene Kraftwerkstrategie



„Nach meiner Erfahrung ist der Wirtschaftsrat in Berlin die leistungsfähigste und auch stärkste politische Vorfeldorganisation. Wer aus ökonomischen Gründen an Politik interessiert ist, wer Kontakt zu Politik haben will, der ist im Wirtschaftsrat extrem gut aufgehoben.“

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch
Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.

noch bei einer konsensuellen Wärmewende gemeinsam mit Industrie und Hauseigentümern konnte die Ampelregierung befriedigende Antworten vorlegen. Derweil stiegen die in Deutschland ohnehin im internationalen Vergleich sehr hohen Strompreise weiter an. Auch die langfristige Perspektive bei der Strompreisentwicklung war aus der Sicht der betroffenen Unternehmen wegen der vorwiegend ideologisch getriebenen Energiepolitik deutlich negativ.

Der Wirtschaftsrat legte gerade auch im zentralen Bereich der Energie- und Industriepolitik eine Vielzahl von Empfehlungen vor, um zu einer vernunftgeleiteten Energiepolitik zurückzukehren, bei der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit wieder im Vordergrund stehen. Die neue Bundesregierung hat diese Forderungen aufgegriffen und zum Teil bereits umgesetzt.

Die konkreten Ergebnisse:

- Durchführung eines Energiewende-Monitorings, um den Stand der Umsetzung der Energiewende, die dabei entstandenen Kosten sowie den Grad der Zielerreichung objektiv zu messen und gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen einleiten zu können,
- Reset der Kraftwerkstrategie, um statt unrealistisch kurzer Fristen für die Umstellung der neuen Gaskraftwerke auf Wasserstoff das Schließen der drohenden Versorgungslücke in den Mittelpunkt zu stellen,
- Erleichterung und Beschleunigung des Einsatzes von Geothermieanlagen sowie Erkundungsbohrungen durch den deutlichen Abbau von Bürokratie im Geothermie-Beschleunigungsgesetz,
- Absenkung der Stromsteuer für alle gewerblichen Verbraucher auf das europarechtlich zulässige Minimum,



„Der Wirtschaftsrat ist so wichtig, weil hier Menschen aus Wirtschaft und Politik zusammenkommen, ein offener Austausch gepflegt wird und es immer wieder wichtige Impulse gibt – und die brauchen wir.“

Andreas Jung MdB
Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands

- Vereinfachung des für die Dekarbonisierung vieler Industriebetriebe unumgänglichen Hochlaufs der Wasserstoffinfrastruktur durch das Wasserstoffbeschleunigungs-Gesetz.

Im vor uns liegenden Jahr stehen in der energiepolitischen Arbeit des Wirtschaftsrates die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Strom durch die Kraftwerkstrategie, der geplante Kapazitätsmarkt sowie die Reform des EEG oben auf der Agenda. Daneben wird sich der Wirtschaftsrat mit der Frage befassen, welche Konsequenzen die genannten Punkte sowie die Ableitungen aus dem Energiewende-monitoring für die Netzplanung haben. Ziel der anstehenden Entscheidungen muss es sein, auf dem Weg zu einem klimaneutralen Energiesystem das hohe Niveau der Versorgungssicherheit in Deutschland beizubehalten und gleichzeitig strikte Kostendisziplin zu wahren, um ein weiteres Abwandern insbesondere der energieintensiven Industrie aus Deutschland zu verhindern.

8. Umwelt und Klima

Umwelt- und Klimapolitik neu ausgerichtet – Fortschritte für Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz erzielt

Das Jahr 2025 war in der Umwelt- und Klimapolitik geprägt von der Herausforderung, ambitionierte Klimaziele mit den Anforderungen eines industriellen Hochtechnologiestandorts in Einklang zu bringen. Hohe Energiepreise, eine dichte Regulierungslandschaft und langwierige Genehmigungsprozesse belasteten die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, während Unternehmen zugleich verlässliche und technologieneutrale Rahmenbedingungen für Investitionen in klimafreundliche Produktion und Infrastruktur einforderten. Der Wirtschaftsrat hat frühzeitig auf realistische Zielsetzungen, Technologieoffenheit, schnellere Genehmigungen und einen konsequenten Abbau bürokratischer Hemmnisse gedrängt. Die neue Bundesregierung hat im ersten Regierungsjahr zentrale Elemente dieser Empfehlungen aufgegriffen und in konkrete Maßnahmen überführt.

Die politische Bilanz des Wirtschaftsrates im ersten Jahr der neuen Koalition:

- 2025 wurde ein technologieoffener Rechtsrahmen für CCS und CCU geschaffen, der deren Einsatz in allen Sektoren ermöglicht – einschließlich solcher Industrieprozesse, die perspektivisch nur über CO₂-Abscheidung und -Nutzung oder -Speicherung dekarbonisierbar sind. Die Entscheidung der Bundesregierung, CCS/CCU ohne sektorale Einschränkungen zuzulassen, setzt eine langjährige Kernforderung des Wirtschaftsrates um und stärkt Investitionssicherheit und Planbarkeit für die Industrie.

- Die Bundesregierung hat zentrale Elemente der EU-Industrieemissionsrichtlinie (IED) modernisiert und national so umgesetzt, dass Genehmigungsverfahren künftig deutlich beschleunigt und stärker digitalisiert werden. Klare Fristen, verbindliche digitale Prozessschritte und praxistaugliche Anforderungen an Best Available Techniques (BAT) tragen dazu bei, Klimaschutz und industrielles Wachstum besser auszubalancieren. Damit wurde ein zentrales Anliegen der BFK Umwelt- und Klimapolitik erfüllt.

- In den EU-Verhandlungen zur REACH- und PFAS-Regulierung hat sich die Bundesregierung 2025 erfolgreich für Ausnahmeregelungen in Bereichen eingesetzt, in denen bestimmte Stoffe industriell unverzichtbar sind. Durch diese risikobasierte Ausgestaltung konnten Wertschöpfungsketten in Schlüsselbranchen wie Chemie, Metallurgie, Glas und Verpackung gesichert werden, ohne die Umweltziele aus dem Blick zu verlieren. Auch hier spiegelt sich ein wesentliches Anliegen des Wirtschaftsrates wider: Regulierung mit Maß und Mitte.
- Die im Koalitionsvertrag angekündigte Beschleunigung zentraler Planungs- und Genehmigungsverfahren wurde angestoßen. Vereinfachungen im Umwelt-, Bau- und Immissionsschutzrecht sowie verbindliche Stichtagsregelungen verkürzen die Verfahrensdauer vor allem für Großanlagen in den Bereichen Energie, Chemie und industrielle Prozesswärme. Damit wurden lange bestehende Hindernisse für Investitionen abgebaut und Standortnachteile gegenüber internationalen Wettbewerbern verringert.
- Mit mehreren im Jahr 2025 beschlossenen Gesetzen – darunter dem RED-III-Umsetzungspaket, dem Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz und der Novellierung des Energie- und Stromsteuerrechts – hat die Bundesregierung umfangreiche Entlastungen für Unternehmen geschaffen. Die verpflichtende Einführung digitaler Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen, verkürzte Zulassungsfristen und der Wegfall zahlreicher Melde- und Nachweispflichten entsprechen exakt den Forderungen des Wirtschaftsrates nach einer modernen, effizienten Verwaltung und echtem Bürokratieabbau.

Der Wirtschaftsrat wird auch in 2026 die zentralen industriellen Klimathemen konsequent weiter vorantreiben, darunter die Reform des EU-Emissionshandels, Anpassungen der IED und des BlmSchG sowie die nationale Ausgestaltung der CCS-Regulierung. Zudem wird er die Weiterentwicklung europäischer Regelwerke wie CSRD und CBAM und die Beschleunigung von Antrags-, Planungs- und Genehmigungsverfahren begleiten sowie die Entwicklung technologieoffener Klimastrategien forcieren. Besonderer Fokus dabei: die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und nachhaltiger Wertschöpfung.



„Ganz herzlichen Dank für die sehr verbindliche wirtschaftspolitische Stimme deutschlandweit, die aber auch über die Grenzen hinausgeht.“

Julia Klöckner MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

9. Verkehr

Multimodale Mobilitätspolitik vorangetrieben

In seiner verkehrspolitischen Arbeit drang der Wirtschaftsrat einmal mehr darauf, die Verkehrsinfrastrukturen zu einem Investitionsschwerpunkt der Bundesregierung zu machen. Denn ohne ausreichende Finanzierungsgrundlage wird der Substanzerzehr an Straßen, Brücken, Schienen- und Wasserwegen anhalten und nicht nur unsere Mobilität, sondern auch Wohlstand gefährden. Die verkehrspolitische Arbeit des Jahres 2025 war zudem geprägt durch das Entwickeln von Strategien für eine nachhaltige Mobilität. Nachhaltig, das heißt für uns: effizient, verfügbar, sicher, bezahlbar, einfach, ressourcenschonend und klimafreundlich. Deutlich machte der Wirtschaftsrat dabei, dass hierfür ein Gesamtkonzept erforderlich ist, das sich nicht an populistischen Idealbildern, sondern an Realitäten orientieren und dem Grundsatz folgen muss: Ermöglichen statt Verbieten. Denn Mobilität ist nicht nur der vorgenannte Schmierstoff unserer Volkswirtschaft, sie hat auch eine sozialpolitische Komponente.

Wesentliche durch den Wirtschaftsrat flankierte Maßnahmen waren:

- In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die neue Bundesregierung zu einer Überarbeitung des Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- sowie (Verwaltungs-)Verfahrensrechts verpflichtet. Mit der vom Wirtschaftsrat geforderten Initiative soll eine umfassende Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung starten, damit Infrastrukturprojekte zügiger, effizienter und von weniger Gerichtsverfahren belastet umgesetzt werden können.
- Den Empfehlungen des Wirtschaftsrates folgend vereinfachte und vereinheitlichte die Bundesregierung zudem die Antragsverfahren zur Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten.
- Auch im Bereich Mobilität sind zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates eingeflossen. So enthält der Koalitionsvertrag die lange geforderte Absage einer pauschalen Elektrifizierungsquote für Fahrzeuge. Die notwendige Technologieoffenheit ist damit unterstrichen, was die weitere Nutzung von Hybridfahrzeugen und hocheffizienten Verbrennungsmotoren unterstützt. Ferner hat sich die Koalition dazu verpflichtet, sich auf EU-Ebene für eine Lockerung der CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen und die angekündigte Überprüfung der CO₂-Reduktionsziele für schwere Nutzfahrzeuge vorzusehen.



„Digitale Souveränität entsteht nicht durch Regulierung allein, sondern durch koordiniertes Handeln. Sie erfordert einen Schulterschluss von Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Der Wirtschaftsrat übernimmt dabei eine zentrale Rolle als Mittler: Er übersetzt wirtschaftliche Innovationskraft in politische Gestaltungsfähigkeit und sorgt dafür, dass staatliche Rahmenbedingungen praxisnah, wettbewerbsfähig und souverän gestaltet werden.“

Thomas Saueressig

Mitglied des Vorstandes der SAP SE,
SAP Product Engineering, SAP SE

- Überdies folgte die Bundesregierung einer weiteren wichtigen Empfehlung des Wirtschaftsrates und forderte die Europäische Kommission auf, das De-facto-Verbrennerverbot ab 2035 zu kippen. Deutschland setzt sich in Brüssel nun für eine umfassende Emissionsbetrachtung von Fahrzeugen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein. Übernommen wurde in diesem Kontext zugleich die Empfehlung des Wirtschaftsrates zur Anrechnung von Biokraftstoffen und eFuels bei den Flottengrenzwerten.
- Kurz vor dem Jahresende stärkte die Koalition mit der vom Wirtschaftsrat geforderten Absenkung der Luftverkehrsteuer und der Streichung der nationalen Power-to-Liquid-Quote (PtL-Quote) die Wettbewerbssituation der deutschen Airlines und Flughäfen. Da PtL de facto nicht verfügbar ist, hätte die Quote lediglich zu Strafzahlungen geführt – ohne messbaren Klimanutzen. Unter Verweis auf Senkung der Ticketsteuer verbleiben nun Flüge im Programm, die ursprünglich zur Streichung vorgemerkt waren – ein gutes Signal nicht nur für den Luftverkehrsstandort, sondern vor allem auch für die Passagiere hierzulande.

Umso mehr wird sich der Wirtschaftsrat auch in 2026 für eine ideologiefreie multimodale Mobilitätspolitik einsetzen. Neben der Schaffung einer auskömmlichen Finanzbasis wird es uns vor allem um Strukturreformen in den Finanzierungsmechanismen und nicht zuletzt um eine weitere Strafung des Planungs-, Genehmigungs- und Baurechts gehen. Daneben werden Digitalisierungsstrategien sowie Konzepte für einen marktwirtschaftlich ausgerichteten Rahmen zur Kopplung der Sektoren Energie und Mobilität auf der Agenda der verkehrspolitischen Arbeit stehen.

10. Immobilien

Kurswende beim Gebäudeklimaschutz angestoßen

Steigende Bauzinsen und -preise sowie immer neue Auflagen und Standards haben die Baukosten in Deutschland explodieren und den Wohnungsbau einbrechen lassen.

Hinzu kommen ein Mietrecht, das eine Refinanzierung von Investitionen in Neubau wie Sanierung selten zulässt, und ein in der vergangenen Legislaturperiode durchgepeitschtes neues Gebäudeenergiegesetz, bekannt als „Heizungsgesetz“, das mehr Unsicherheit als Orientierung geschaffen hat. All das vollzog sich in einer Situation, in der die Nebenkosten in Folge einer fehlgeleiteten Energiepolitik mit einer daraus resultierenden grünen Inflation zur „zweiten“ Miete aufwuchsen und bezahlbarer Wohnraum knapper wurde denn je. Die Herausforderungen für die im Frühjahr gestartete neue Bundesregierung könnten größer kaum sein. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.

Die politische Bilanz des Wirtschaftsrates im ersten Jahr der neuen Koalition:

- In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, das genannte „Heizungsgesetz“ durch ein neues, technologieoffeneres, flexibles und einfacheres Gebäudeenergiegesetz (GEG) zu ersetzen. Die genauen Ausgestaltungen, insbesondere bezüglich der 65%-Regel und der Übergangsfristen sollen neu verhandelt werden. Damit ist die Koalition in zentralen Punkten den dringenden Empfehlungen des Wirtschaftsrates gefolgt.
- Übernommen wurde in den Koalitionsvereinbarungen auch der Ansatz, die politische Betrachtung weg von der Energie- hin zur Emissionseffizienz eines Gebäudes zu lenken, konkret weg vom Dämmen hin zur grünen Wärme. Die bis dato zu starke Fokussierung auf Energieeffizienzklassen hat nicht nur die Baukosten befeuert, sie ist in ihrer Klimawirkung maximal ineffizient. Entscheidend ist, dass CO₂-Emission vermieden wird. Der Hebel-Effekt durch grün erzeugte Wärme ist eindeutig größer.
- Aufgegriffen wurde auch die langjährig vorgetragene Forderung des Wirtschaftsrates nach Novellierung des Baugesetzbuches mit dem Ziel einfacherer Baustandards zur Senkung der Baukosten und Ankurbelung des Wohnungsneubaus. Der 2025 bereits verabschiedete so genannte Wohnungsbau-Turbo, zutreffender wäre die Bezeichnung Genehmigungs-Turbo, darf hier nur der Anfang sein.
- In die Modernisierungsagenda der Bundesregierung eingebrochen werden konnte überdies eine Novellierung der Fernwärmeverordnung (AVBFernwärmeV). Ziel ist es, die Preistransparenz bei der Fernwärme zu erhöhen und Immobilienwirtschaft wie Verbraucher zu entlasten.
- Eingang in die Modernisierungsagenda gefunden hat auch die Empfehlung des Wirtschaftsrates, die Wertgrenze (§ 559c BGB) für das vereinfachte Verfahren bei Modernisierungsmieterhöhungen an die Preisentwicklung anzupassen. Die Wertgrenze für die zulässige Anwendung des vereinfachten Verfahrens soll damit von bislang 10.000 Euro auf künftig 20.000 Euro Investitionsvolumen steigen.

Die Bundesfachkommission wird sich auch 2026 nachdrücklich für die Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für den Immobiliensektor einsetzen. Konkret wird die Fachkommission weiter an validen Konzepten arbeiten, mit denen es gelingt, die Wohnungsbautätigkeit wiederzubeleben und die ehrgeizigen Klimaschutz- und -effizienzziele zu erfüllen – damit Wohnen in Deutschland bezahlbar bleibt.

11. Gesundheit

Zentrale Reformimpulse gesetzt

Eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung erfordert weiterhin eine moderne, leistungsfähige Medizin, eine solide und dauerhafte Finanzierung sowie effiziente Strukturen – vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und der steigenden Anforderungen im Versorgungssystem.

Im Jahr 2025 hat der Wirtschaftsrat mit seinen gesundheitspolitischen Fachkommissionen erneut wichtige Impulse gesetzt. Zentrale Positionen des Wirtschaftsrats sind in die Gesetzgebung eingeflossen.

Die Handschrift des Wirtschaftsrates in der Gesundheitspolitik:

- **Sozialabgabenzuteilung:** Inzwischen ist die Bedeutung der Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialabgabenzuteilung parteiübergreifend anerkannt. Der Wirtschaftsrat hat frühzeitig vor den Belastungen durch galoppierende Sozialabgaben gewarnt und der Bundesregierung Sparvorschläge zur Stabilisierung der GKV-Beiträge unterbreitet. Die Bundesgesundheitsministerin hat die Lage anerkannt und ein Sparpaket zur Stabilisierung der GKV-Beiträge angekündigt.
- **Digitalisierung im Gesundheitswesen:** Mit der Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Innovation unternommen. Der Wirtschaftsrat hat sich schon lange für einen flächendeckenden Einsatz der ePA und einen effizienteren Umgang mit Patientendaten eingesetzt und dessen Umsetzung vorangetrieben.
- **Krankenhausreform:** Der Wirtschaftsrat hat sich als einer der profiliertesten Kritiker der Krankenhausreform der Ampelkoalition positioniert. Auch nach der Verabschiedung der Reform ist der Wirtschaftsrat in der neuen Legislaturperiode auf Kurs geblieben. Er hat Verbesserungsvorschläge zur Krankenhausreform unterbreitet, von denen einige in das Krankenhausreformanpassungsgesetz (KHAG) aufgenommen wurden. So finden sich im Gesetz Ausnahmen bei der Festlegung von Leistungsgruppen wieder, die der Wirtschaftsrat in seinen Positionierungen gefordert hat.



„Der Wirtschaftsrat leistet eine hochqualifizierte Arbeit, die zeigt, wie es gelingen kann, Wirtschaft, Spitzenunternehmer und Politik zusammenzubringen. Diese gebündelte Kompetenz füllt damit eine besondere Marktlücke hier in Berlin.“

Thorsten Frei MdB

Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes

- **Pflege:** Die Reform der Pflege wurde im Jahr 2025 durch verschiedene Gesetzesvorhaben weiter vorangebracht. So stärkt das am 6. November 2025 vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege die Kompetenzen von Pflegefachpersonen, schafft ein bundeseinheitliches Berufsbild der Pflegeassistenz und erleichtert die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Es enthält viele Punkte, die der Wirtschaftsrat im Jahr 2025 gefordert hat. In seinem Papier zum Thema Fachkräftemangel hat der Wirtschaftsrat einen geeigneten Skill-Mix bei Pflegekräften sowie eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse gefordert. Beide Punkte finden sich im Gesetz wieder.

- **Gesetz zur Reform der Notfallversorgung:** Der Wirtschaftsrat hat im Jahr 2025 ein Positionspapier zur Reform der Notfallversorgung veröffentlicht. Viele der darin enthaltenen Punkte, wie beispielsweise die Reformierung der Leitstellen, finden sich auch im Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit wieder.

Auch im Jahr 2026 wird der Wirtschaftsrat die Weiterentwicklung der Gesundheitspolitik engagiert begleiten. Im Mittelpunkt werden dabei der Einsatz für eine konsequente Nutzung von Patientendaten sowie der Abbau bürokratischer Hürden im Bereich Digital Health stehen. Ziel ist es, Innovationen zu beschleunigen und die Versorgungsqualität nachhaltig zu verbessern. Der Wirtschaftsrat fordert darüber hinaus die flächendeckende Anbindung der ePA an alle relevanten Bereiche des Gesundheitswesens, um Datensilos zu überwinden und eine vernetzte Versorgung zu ermöglichen. Mit Blick auf die finanzielle Stabilität des Gesundheitssystems erwartet der Wirtschaftsrat, dass künftig klare Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden, damit die medizinische Versorgung dauerhaft gewährleistet bleibt, ohne dass die Sozialabgabenzuteilung weiter steigt. Zudem wird sich der



„Der Wirtschaftsrat ist ein Seismograph und Impulgeber.“

Boris Rhein MdL

Hessischer Ministerpräsident



„Ich schätze es sehr, dass sich der Wirtschaftsrat nach wie vor mit einer starken, konstruktiven Stimme in die Themen Staatsmodernisierung und Bürokratieabbau einbringt.“

Dr. Karsten Wildberger
Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung

Wirtschaftsrat dafür einsetzen, dass in der anstehenden Pflegereform mehr Eigenbeteiligung und Eigenvorsorge verankert werden.

12. Ernährung

Entlastungen für die Branche auf den Weg gebracht

Der neue Kurs der Bundesregierung in der Agrar- und Ernährungspolitik wirkt erfreulich offen. Das klare Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von konventionellem und ökologischem Landbau, zu Freiwilligkeit, Anreizen und Eigenverantwortung, zur Einbindung aller Akteure der Wertschöpfungskette sowie zum Leitbild des mündigen Verbrauchers deutet auf einen pragmatischen Politikstil hin. Zugleich zeigen die aktuellen Initiativen der neuen Bundesregierung, vor allem aber auch der neuen EU-Kommission, dass die Fehler der Vergangenheit erkannt wurden. Die angestoßenen Vereinfachungen bei den Nachhaltigkeitsrichtlinien der Europäischen Kommission sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf nationaler Ebene sind wichtige Schritte, die der Wirtschaftsrat nicht nur unterstützt, sondern mit seinen ernährungspolitischen Fachgremien aktiv und erfolgreich begleitet hat.

Als Ergebnisse sind zu nennen:

Nachhaltigkeits-Omnibus: Die Vorgaben des europäischen Lieferkettengesetzes CSDDD und der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD wurden im Zuge des so genannten Omnibus-I-Paketes spürbar entkernt. So wird die CSRD nur noch für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mindestens 450 Millionen Euro gelten. Der Anwendungsbereich der CSDDD ist auf Unternehmen mit mindestens 5.000 Beschäftigten und einem Nettoumsatz von 1,5 Milliarden Euro begrenzt. Zudem müssen betroffene Unternehmen nicht mehr ihre gesamte Lieferkette überwachen und nur noch jene Teile ihrer Lieferketten prüfen, in denen das Risiko negativer Auswirkungen am höchsten ist. Auch wurde die ursprünglich geplante Pflicht zur Erstellung von Klimatransitionsplänen gestrichen. Damit ist die Europäische Kommission volumnfänglich den Empfehlungen des Wirtschaftsrates gefolgt.

Entwaldungsverordnung: Im intensiven Dialog mit der Politik gelang es, auch die so genannte Entwaldungsverordnung EUDR abzuschwächen und auf Ende 2026 bzw. für Kleinbetriebe auf 2027 zu verschieben. Importeure müssen nun nur noch bei Ersteinfuhr eines Produkts einen Nachweis über die Sorgfaltspflichten erbringen. Zudem sollen Sonderrechte für kleinere Unternehmen gelten. Mit einer Revisionsklausel sind im April 2026 sogar weitere Abschwächungen des Gesetzes möglich.

Werbeverbote und Zuckersteuer: Neben dem konkreten Abbau von Regulierung ist aber auch entscheidend, was an neuer, zusätzlicher Regulierung verhindert werden konnte. So hat die von der SPD noch im Wahlkampf geforderte Ausweitung von Werbeverboten keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, und auch der Einführung einer Herstellerabgabe für zuckerhaltige Getränke („Zuckersteuer“) ist eine Absage erteilt worden. Die Verhinderung beider Regulierungsvorhaben war zentrales Anliegen des Wirtschaftsrates im Rahmen der Koalitionsverhandlungen.

Stoffstrombilanz: Bereits im Juni folgte die neue Bundesregierung der Empfehlung des Wirtschaftsrates und schaffte die Stoffstrombilanzverordnung ab. Damit ist endlich Schluss mit überbordender Düngebürokratie. Aufgrund der Verordnung waren Landwirte verpflichtet, ungemein detailliert zu dokumentieren, was sie wann und wo auf ihren Feldern ausbringen. Die Entlastungswirkung für die Wirtschaft beläuft sich auf 18,1 Mio. Euro.

Tierhaltungskennzeichnung: Ein für weite Teile der Ernährungswirtschaft gutes Signal ist auch die Verschiebung der Novelle des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes. Die Verschiebung auf den 1. Januar 2027 wird helfen, das Gesetz praxistauglich umzusetzen und ist ebenfalls auf einen engen Dialog mit der Politik zurückzuführen, der sehr intensiv über die ernährungspolitischen Gremien des Wirtschaftsrates geführt wurde.

Die Themen der Ernährungswirtschaft wird der Wirtschaftsrat auch in 2026 weiter vorantreiben. Ganz oben auf der Agenda stehen geeignete Rahmenbedingungen, die es den Branchenunternehmen ermöglichen, die Bevölkerung auch weiterhin mit hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Konkret bedeutet dies, unnötige staatliche Eingriffe und Bürokratie weiter zurückzudrängen. Darüber hinaus werden Verbraucherpolitik und Ernährungsbildung auf der Agenda stehen. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt wird auf der Sicherung der europäischen Ernährungssouveränität liegen, nicht zuletzt auch durch den angekündigten Omnibus zum Lebensmittelsicherheitsrecht, den der Wirtschaftsrat engmaschig begleiten wird.

Präsidium



PRÄSIDENTIN
Astrid Hamker
Gesellschafterin und Mitglied des Beirates Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENT
Thomas Saueressig
Mitglied des Vorstandes der SAP SE, SAP Product Engineering, SAP SE



VIZEPRÄSIDENTIN
Bettina Würth
Mitglied des Stiftungsaufsichtsrates der Würth-Gruppe Adolf Würth GmbH & Co. KG



SCHATZMEISTER
Dr. Joachim Freiherr von Schorlemer
Berater des Vorstandes ING-DiBa AG



Paul Bauwens-Adenauer
Geschäftsführender Gesellschafter Bauwens GmbH & Co. KG



Rainer Berthan
Vorstandsvorsitzender Bauerfeind AG



Dr. Nikolaus Breuel
Geschäftsführender Gesellschafter Karl-J. Kraus GmbH



Heike Eckert
Mitglied des Vorstandes Deutsche Börse AG



Dr. Jürgen M. Geißinger
Vorsitzender des Aufsichtsrates Bizerba SE & Co. KG



Joachim Gemmel
Chief Executive Officer Asklepios Kliniken Hamburg GmbH



Bonita Grupp
Geschäftsführende Gesellschafterin TRIGEMA W. Grupp KG



Christian W.E. Haub
Geschäftsführender Gesellschafter Tengelmann Twenty-One KG



Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch
Ministerpräsident a.D. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Joachim Rudolf
Geschäftsführer Rudolf Lichtwerbung GmbH



Dr. Stefan Schulte
Vorsitzender des Vorstandes Fraport AG



Christian Sewing
Vorsitzender des Vorstandes Deutsche Bank AG



Wolfgang Steiger
Generalsekretär Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Christian Freiherr von Stetten MdB
Vorsitzender im Ausschuss Wirtschaft und Energie CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Dr. Michael Strugl
Vorsitzender des Vorstandes Verbund AG



Dr. Karsten Wildberger
Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung



Bundesvorstand

Neben den Mitgliedern des Präsidiums gehören dem Bundesvorstand an:

Angela Aicher
Stiftungsrat
Max Aicher GmbH & Co. KG

Steffen Beck
Rechtsanwalt/FA
für Insolvenzrecht,
Geschäftsführender
Gesellschafter
PLUTA Rechtsanwälte GmbH

Frank Becker
Geschäftsführender
Gesellschafter
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

Tessa Bertram
Beiratsvorsitzende
Gebr. Kemper GmbH + Co. KG

Christina Block
Mitglied des Aufsichtsrates
Eugen Block Holding GmbH
(Block Gruppe)

Matthias Bruch
Geschäftsführer
Globus Holding GmbH & Co. KG

Dr. Christian von Boetticher
Minister a.D.

Thomas Burger
Geschäftsführender
Gesellschafter CEO
BURGER HOLDING
GmbH & Co. KG

Dr. Peter C. G. Davids
Vorsitzender der
Geschäftsführung
Deusa International GmbH

Jan-Christian Dreesen
Vorstandsvorsitzender
FC Bayern München AG

Dr. Albert Dürr
Geschäftsführender
Gesellschafter
WOLFF & MÜLLER Holding
GmbH & Co. KG

Carsten Ellermeier
Geschäftsführender
Gesellschafter
DELTEC GROUP GmbH

Nurten Erdogan
CFO
ING-DiBa AG

Daniela Geretschuber
Chief People Officer
PricewaterhouseCoopers GmbH

Thies G.J. Goldberg
Geschäftsführender
Gesellschafter
Goldberg Consulting GmbH

Corinna Grajetzky
Director for European Affairs
ENGIE

Dr. Anne-Marie Großmann
CDO, Mitglied des Vorstandes
GMH Gruppe Management SE

Johann Christoph Harras-Wolff
Geschäftsführender
Gesellschafter
Dr. Kurt Wolff GmbH & Co. KG

Georg Held
Geschäftsführer
L'ORÉAL Deutschland GmbH

Axel Hellmann
Vorstandssprecher
Eintracht Frankfurt Fußball AG

**S. H. Karl Friedrich Fürst
von Hohenzollern**
Unternehmensgruppe Fürst von
Hohenzollern

Miriam Häring
Geschäftsführerin
Anton Häring KG

Frank Hüther
Geschäftsführer
Abacus alpha GmbH

Dr. Marianne Janik
Vice President EMEA North
Google Germany GmbH

Thorsten Pötké
Geschäftsführender
Gesellschafter
EVG Grundbesitz GmbH u.
Co. KG

Marius-Quintus Jäger
Geschäftsführender
Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Stephan Karl
Geschäftsführer
Tetra Pak GmbH

Isabelle Kirschbaum-Rupf
Gesellschafterin, Mitglied
der Geschäftsleitung
RUPF Industries GmbH

Susanne Klöß-Braekler
Mitglied des Aufsichtsrates
der ODDO BHF AG

Mihajlo Kolakovic
Inhaber
Kolakovic & Partner
Personalberatung

Rüdiger Kuhn
Vorstandsvorsitzender/VP
Materials Central Europe
CEMEX Deutschland AG

Dr. Helge Lach
Mitglied des Vorstandes
Deutsche Vermögensberatung AG

Prof. Dr. Stefan Liebing
Geschäftsführer
Conjuncta GmbH

Andreas Mau
Geschäftsführer/Partner
MÖHRLE HAPP LUTHER
Partnerschaft mbH

Philipp Meyer
Gesellschafter und
Geschäftsführer
Meyer Consulting
GmbH & Co. KG

Hildegard Müller
Präsidentin
Verband der Automobilindustrie
e.V. (VDA)

Jörg Müller-Arnecke
Geschäftsführender
Gesellschafter
Velum Verwaltungs GmbH

Thomas Wolff
Vorsitzender des Beirats
wolfcraft GmbH

Dr. Marc Zoellner
Geschäftsführender Gesellschafter
Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH

Hans Joachim Reinke
Vorstandsvorsitzender
Union Asset Management
Holding AG

Florian Rentsch
Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Joachim Rumstadt
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Rheinkalk GmbH

Rainer Otto F. Scharr
Geschäftsführender
Gesellschafter
Friedrich Scharr KG

Sirko Scheffler
Geschäftsführer
brain-SCC GmbH

Dr. Philipp Heinrich Schlenkhoff
Gründer
AI Transformation Institute

Dieter Schmidt
Aufsichtsrat
Hegemann-Reiners SE

Dr. Dirk Schröter
Geschäftsführer Personal/
Arbeitsdirektor
MIBRAG GmbH

Oliver Schwegmann
CEO/Vorstand
Berentzen Gruppe AG

Detlev Seeliger
CEO
F.S.I. Automotive OÜ

Prof. Dr. Kristina Sinemus
Staatsministerin
Hessisches Ministerium für
Digitalisierung und Innovation

Rene S. Spiegelberger
Stiftungsgründer
PArt Foundation

Thomas Wolff
Vorsitzender des Beirats
wolfcraft GmbH

Lorenz Mittag
Consultant
consulting4drive GmbH

Bundesfachkommissionen

Beirat

Familienunternehmen



VORSITZ:
Bettina Würth
Mitglied des Stiftungsaufsichtsrates
der Würth-Gruppe

STELLV. VORSITZ:
Jan-Hendrik Goldbeck
Geschäftsführender Gesellschafter
GOLDBECK GmbH

Bonita Grupp
Geschäftsführende Gesellschafterin
TRIGEMA W. Grupp KG

Dr. Tim Kannewurf
Mitglied des Aufsichtsrates der
Schnellecke GmbH AG & Co. KG

Fachgebietsleiter:
Johan Stolte

Industriebeirat



VORSITZ:
Tobias Jerschke
Vorsitzender der Geschäftsleitung
Kühne & Nagel AG & Co. KG

STELLV. VORSITZ:
Michael Frick
CFO
ZF Friedrichshafen AG

Dr. Erik Eschen
CEO
Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

Bereichsleiter:
Dr. Michael Garmer

Wissenschaftlicher Beirat



VORSITZ:
Prof. Dr. Dr. h. c. Lars Feld
Direktor
Walter Eucken Institut

Fachgebietsleiter:
Florian Rauchfuß

Arbeitsmarkt und Alterssicherung



VORSITZ:
Hans Joachim Reinke
Vorstandsvorsitzender
Union Asset Management Holding AG

STELLV. VORSITZ:
Dr. Volker Priebe
Produkt-Vorstand
Allianz Lebensversicherungen-AG

Carlotta Köster-Brons
Geschäftsführerin
Ranstadt Professional

**Mitglied der Geschäftsleitung/
Bereichsleiter:**
Dr. Holger Fricke

Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

Ferdinand Herfeldt
Bundesvorsitzender des
Jungen Wirtschaftsrates
Geschäftsführender Gesellschafter
Anytime Invest GmbH

Victoria Wolff
Stellvertretende Bundesvorsitzende
Gesellschafterin
wolfcraft GmbH

Dr. Lukas Lindner
Stellvertretender Bundesvorsitzender
Rechtsanwalt Semder Lindner
Rechtsanwälte PartG mbB

Dennis Lenhard
Geschäftsführer
PLACE Strategy GmbH

Simon Zschau
Gesellschafter
A.C.O.S. Bergmann Ventures GmbH

Lorenz Mittag
Consultant
consulting4drive GmbH



Bau, Immobilien und Smart Cities



VORSITZ:
Lars von Lackum
Vorstandsvorsitzender
LEG Immobilien SE

STELLV. VORSITZ:
Prof. Dr. Claus Lehner
Vorsitzender der Geschäftsführung
Dawonia Real Estate GmbH & Co. KG

Dr. Hagen Lessing
Chief Executive Officer
ista SE

■ Bereichsleiter:
Thomas Friesecke

Digital Health



VORSITZ:
Dr. Frank Wartenberg
President Central Europe
IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

STELLV. VORSITZ:
Annabritta Biederick
Mitglied der Vorstände
Debeka Versicherungen

Bernd Christoph Meisheit
Geschäftsführer
Sana IT Services GmbH

■ Bereichsleiterin:
Annika Herzner

Energieeffizienz



VORSITZ:
Dr. Tillmann von Schroeter
Geschäftsführer
Vaillant Deutschland

STELLV. VORSITZ:
Jörg A. Gerdes
Geschäftsführender Gesellschafter
CLAGE GmbH

Stephan Segbers
Vorstandsmitglied
RheinEnergie AG

■ Fachgebietsleiterin:
Lilli Ann Maicher

Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



VORSITZ:
Lutz Diederichs
Chairman of the Group Management
Board Germany
BNP Paribas Group

STELLV. VORSITZ:
Dr. Benon Janos
CFO
FlatexDegiro

Stefan Meine
Vorstandsmitglied
Bethmann Bank

Dr. Matthias Voelkel
CEO
Boerse Stuttgart Gruppe

■ Bereichsleiter:
Christophe Darley

Gesundheitswirtschaft



VORSITZ:
Joachim Gemmel
Chief Executive Officer
Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ:
Rainer Berthan
Vorstandsvorsitzender
Bauerfeind AG

Ronald Seeliger
CEO
Hemofarm-Gruppe

■ Bereichsleiterin:
Annika Herzner

Handel, Ernährung und Verbraucherschutz



VORSITZ:
Christoph Pohl
Vorstand Einkauf International
Lidl Stiftung & Co. KG

STELLV. VORSITZ:
Alexander von Maillet
Vorstandsvorsitzender
Nestlé Deutschland AG

Markus Mosa
Vorstandsvorsitzender
EDEKA ZENTRALE Stiftung & Co. KG

■ Referent:
Vittorio Prina

Cybersicherheit



VORSITZ:
Prof. Timo Kob
Vorstand
HiSolutions AG

STELLV. VORSITZ:
Paul Kaffsack
Geschäftsführer
Myra Security GmbH

Peter Wirnsperger
Partner Cyber Risk
Deloitte

Olaf Janßen
Managing Director Germany
Sopra Steria

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann

Digitale Transformation



VORSITZ:
Florian Roth
CDO & CIO
SAP SE

STELLV. VORSITZ:
Werner Rieche
Managing Director Germany
Opentext

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann

Energiepolitik



VORSITZ:
Nikolaus Valerius
CEO
RWE Generation SE

STELLV. VORSITZ:
Stephan Frense
Geschäftsführer
ARGE Netz GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:
Dr. Michael Garmer

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



VORSITZ:
Marco R. Fuchs
Vorstandsvorsitzender/CEO
OHB SE

STELLV. VORSITZ:
Ralf Alexander Ketzel
CEO
Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG
(bis zum 31.12.2025)

Florian Hohenwarter
CEO
KNDS (ab dem 01.01.2026)

Dr. Jens Bodo Koch
CEO
Heckler und Koch

Dr. Gundbert Scherf
CO-CEO u. Gründer
Helsing

■ Fachgebietsleiter:
Marco Hahnfeld

Handel und Konsumgüter



VORSITZ:
Christoph Werner
Vorsitzender der Geschäftsführung
dm-drogerie markt GmbH & Co. KG

STELLV. VORSITZ:
Robert Heinemann
Managing Director
ECE Group Services GmbH & Co. KG

■ Referent:
Vittorio Prina

Künstliche Intelligenz



VORSITZ:
Christian Korff
Mitglied der Geschäftsleitung
Managing Director
Cisco Deutschland

STELLV. VORSITZ:
Prof. Dr. Marco Barenkamp
Gründer und stellvertretender
Aufsichtsratsvorsitzender
LMIS AG

■ Fachgebietsleiterin:
Luise Ritter



Steuern



VORSITZ:
Ulrich Ackermann
Vorstand Tax
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

STELLV. VORSITZ:
Ralf Chalupnik
Chief Tax Policy
Allianz SE

Dr. Achim Dannecker
Rechtsanwalt und Steuerberater
Partner
Gleiss Lutz

■ Fachgebietsleiter:
Johan Stolte

Umwelt- und Klimapolitik



VORSITZ:
Detlev Woesten
Geschäftsführer
H&R GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ:
Philipp Schlüter
Vorstandsvorsitzender
Trimet Aluminium SE

Carsten Franzke
Geschäftsführer
SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH

■ Fachgebietsleiterin:
Lilli Ann Maicher

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



VORSITZ:
Dr. Werner Kook
Chief Representative
RETHMANN SE & Co. KG
Member of the Board of Directors
Transdev Group S.A.

STELLV. VORSITZ:
Jörg Rösler
Mitglied des Vorstandes
STRABAG AG

Frank M. Schmid
Geschäftsführer
Schmid Mobility Solutions GmbH

■ Bereichsleiter:
Thomas Friescke

Bundesarbeitsgruppen



VORSITZ:
Karl Matthäus Schmidt
Vorstandsvorsitzender
Quirin Privatbank AG

STELLV. VORSITZ:
Dr. Tamaz Georgadze
Geschäftsführer
Raisin Bank GmbH

Marcus W. Mosen
Co-CEO
N26 AG

■ Bereichsleiter:
Christophe Darley



VORSITZ:
Gero Schulze Isfort
Geschäftsführer
Bernard Krone Beteiligungs GmbH

STELLV. VORSITZ:
Frederick Beckmann
Geschäftsführer
Q1 Energie AG

Dr. Sebastian Schulte
Vorstandsvorsitzender
Deutz AG

■ Fachgebietsleiter:
Jens Hertha



VORSITZ:
Marc Reinhart
Mitglied der Geschäftsführung
Capgemini Deutschland GmbH

STELLV. VORSITZ:
Christian Bertmann
Managing Director
Accenture GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Florian Rauchfuß

Europäische Fachkommissionen

Finance



VORSITZ:
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Deutsche Bank AG
Aufsichtsratsvorsitzender
Bayer AG

STELLV. VORSITZ:
Albrecht Kiel
Regional Managing Director
Central Visa Europe

Souâd Benkredda
Mitglied des Vorstandes
DZ Bank AG

■ Leiter EU Repräsentanz:
Friedrich von Heusinger

Energy



VORSITZ:
Dr. Michael Strugl
Vorsitzender des Vorstandes
Verbund AG

STELLV. VORSITZ:
Dr. Arina Freitag
CFO
TenneT Holding

Dr. Franz Kainersdorfer
Vorstandsmitglied
Voestalpine

■ Leiter EU Repräsentanz:
Friedrich von Heusinger

Digital Age



VORSITZ:
Lars Reger
CTO Automotive – BU Automotive
NXP Semiconductors Germany GmbH

STELLV. VORSITZ:
Oliver Tuszik
Executive Vice President Global Sales
Cisco

■ Leiter EU Repräsentanz:
Friedrich von Heusinger

Task Force Resilience



VORSITZ:
Anna Brodowsky
Vice President
Essity Europe

■ Leiter EU Repräsentanz:
Friedrich von Heusinger

Digitale Infrastruktur



VORSITZ:
Valentina Daiber
Vorstand
Telefonica Germany

STELLV. VORSITZ:
Tim Brauckmüller
Geschäftsführer
aconium GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann

Krankenhaus



VORSITZ:
Michael Dieckmann
CDO und Mitglied des Vorstandes
AMEOS Gruppe

STELLV. VORSITZ:
Johannes Rasche
Regionalgeschäftsführung
Helios Region Nord

■ Fachgebietsleiter:
Rikard Berisha

Pflege



VORSITZ:
Thomas Flotow
Geschäftsführer
Care Consultants Hamburg UG

STELLV. VORSITZ:
Jasmin Arbabian-Vogel
Geschäftsführende Gesellschafterin
Interkultureller Sozialdienst GmbH

Daniel Klein
CEO
Deutsche Fachpflege Holding

Andreas Mörsberger
Sprecher des Vorstandes
Johannesstift Diakonie gAG

■ Fachgebietsleiter:
Rikard Berisha



Rohstoffpolitik



VORSITZ:
Volker Backs
Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Speira GmbH

STELLV. VORSITZ:
Dr.-Ing. Julia Hobohm
Geschäftsführerin
Gemeinsames Rücknahmesystem
Servicegesellschaft mbH

Christian Freitag
CCO, Vulcan Energy

■ Fachgebietsleiter:
Jens Hertha

Start-ups meet finance



VORSITZ:
Stefan Drüssler
Geschäftsführer COO
UnternehmerTUM GmbH

STELLV. VORSITZ:
Dr. Johannes Kater
Rechtsanwalt und Partner
Lupp + Partner

Dr. Achim Plum
Geschäftsführer
High-Tech Gründerfonds GmbH

Stephanie Renda
Co-Founder
Moinland GmbH

■ Fachgebietsleiterin:
Luise Ritter

Plattformökonomie



VORSITZ:
Dr. Albrecht von Sonntag
Co-Founder, idealo internet GmbH

STELLV. VORSITZ:
Karl Wehner
Geschäftsführer, Alibaba.com DACH

Johannes Reck
Founder und CEO, GetYourGuide
■ Fachgebietsleiterin: Luise Ritter

Bundesgeschäftsleitung



Wolfgang Steiger
Generalsekretär
Mitglied des Präsidiums



Simon Steinbrück
Geschäftsführer
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik



Diana Scholl
Geschäftsführerin
Personal, Organisation und IT



Anne Schaaf
Geschäftsführerin
Finanzen und Controlling



Johannes Gunst
Geschäftsführer
Presse und Kommunikation



Christine Carboni
Geschäftsführerin
Verbandsentwicklung
(ab 24.02.2026)

Medienwirtschaftspolitik



VORSITZ:
Markus Breitenecker
Vorstand, ProSieben SAT1 Media SE

STELLV. VORSITZ:
Michael Kolz
Vice President Public Policy DACH &
EU-Affairs, Warner Bros. Discovery

■ Fachgebietsleiter:
Florian Rauchfuß

Staatsfinanzen



VORSITZ:
Dr. Yannick Bury MdB
(ab dem 01.01.2026)

Patricia Lips MdB
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
(bis zum 31.12.2025)

STELLV. VORSITZ:
Dr. Carsten Lehr
ehem. Geschäftsführer
Bundesrepublik Deutschland –
Finanzagentur GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Johan Stolte

Mehr Privat für einen starken Staat



VORSITZ:
Peter Beuth
Hessischer Innenminister a.D.

STELLV. VORSITZ:
Sebastian Blohm
Aufsichtsrat, Lotto24 AG

Dr. Dirk Quermann
Geschäftsführer, Merkur Media GmbH

Jochen Weiner
Political Director, Tipico Company Ltd.
■ Fachgebietsleiter: Tuna Akarsu

Mitglieder der Geschäftsleitung



Dr. Holger Fricke
Stellv. Leiter
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik



Miriam Jankowski
Leiterin
Verbandskoordination



Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

Rheinische Post zur Stimmung bei Leistungsträgern

30.01.2025

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates: „Ich sehe bei vielen Unternehmen eine große Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer. Aber die hohe Progression macht Mehrarbeit unattraktiv. Eine neue Bundesregierung sollte Fleiß belohnen und Überstunden steuerlich attraktiver machen.“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zur Regulierung im Mietmarkt

10.03.2025

Ein Arbeitspapier des Wirtschaftsrates fordert für die Koalitionsvereinbarungen nun, nicht nur die Mietpreisbremse abzuschaffen, sondern auch die Kappungsgrenze sowie die Deckelung der Modernisierungsumlage. In dem Papier attestiert der Verband den Instrumenten, mehr geschadet als genutzt zu haben, „weil dringend benötigte Investitionen abgewürgt wurden“.

BILD zum Appell von Friedrich Merz beim Wirtschaftstag

14.05.2025

In seiner Rede beim Wirtschaftstag des Wirtschaftsrates benannte Bundeskanzler Friedrich Merz die zentralen Herausforderungen für seine Regierung. Im Fokus stehen dabei vor allem die Senkung der Energiepreise und der Abbau überbordender Bürokratie. Zugleich richtete Merz einen deutlichen Appell an die Bürgerinnen und Bürger: „Wir müssen in diesem Land wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten.“

Handelsblatt zum Infrastruktur-Sondervermögen

05.06.2025

„Über allem steht jetzt die radikale Vereinfachung von Planungsverfahren und der schnelle Kapazitätsausbau bei den Unternehmen“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, Wolfgang Steiger, dem Handelsblatt. „Denn nur dann kommt das viele Geld wirklich auf Schiene und Straße an, statt einseitig die Preise zu treiben.“

WELT zur Rentenpolitik

10.07.2025

Angesichts des Sofortprogramms der Koalition dürften Sündenfälle der Vergangenheit keineswegs wiederholt werden. Steiger warnt davor, dass teure Rentenversprechen zum Schaden der Beitragsszahler aufaddiert werden.

Handelsblatt zur Finanznot der Kommunen

30.07.2025

Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, macht für die Finanznot der Kommunen die sozialpolitischen Entscheidungen des Bundes mitverantwortlich. Der Bund müsse deshalb jetzt schnell und strukturell gegensteuern, indem er beispielsweise auf die weitere Ausweitung von Sozialtransfers verzichte, sagte Steiger.

Neue Zürcher Zeitung zur privaten Altersvorsorge

11.08.2025

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, sieht die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge grundsätzlich als richtigen Weg. „Ein Vorsorgefonds, der direkt oder indirekt staatlicher Kontrolle unterliegt, wäre jedoch der gänzlich falsche Weg“, sagt er warnend. Ein solches Vorgehen würde seiner Ansicht nach zu Marktverzerrungen bei den Altersvorsorgeprodukten führen und bergen das Risiko, „dass der Staat massiven politischen Einfluss auf die Unternehmen gewinnt, in die investiert wird.“

FAZ zu möglichen Steuererhöhungen

20.08.2025

Generalsekretär Wolfgang Steiger hält so gar nichts von der aktuellen Debatte. Auf die Frage, ob er sich Änderungen etwa beim Reichensteuersatz oder bei der Erbschaftsteuer vorstellen kann, wiegtet Steiger ab. „Die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland befindet sich schon jetzt auf Rekordniveau, das gilt gerade auch für höhere Einkommen.“

WELT zu notwendigen Reformen beim Bürgergeld

26.08.2025

In einem Gastbeitrag schreibt Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger u.a.: Es braucht einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Viel zu oft scheitern Sanktionen nämlich bislang daran, dass der Staat arbeitsunwilligen Bürgergeldempfängern ihre Unwilligkeit kompliziert und langwierig nachweisen muss. Frustrierte Jobcenter-Mitarbeiter quer durch die Republik können ein Lied davon singen. Warum drehen wir das Prinzip nicht um und stellen die Nachweispflicht vom Kopf auf die Füße?

FAZ zu unserem Appell, die Schuldenbremse zu schärfen

16.09.2025

Zwischen 2010 und 2022 sind in Deutschland, im Zuge sprudelnder Steuereinnahmen und eines starken Wirtschaftswachstums, auch die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand um 70 Prozent gestiegen. Diese Mittel sind aber in viel zu geringem Ausmaß in die Infrastruktur geflossen, deren Verfall nun allseits beklagt wird (...) Was wir für künftig brauchen, ist ein Mechanismus, der den bestehenden Vorgaben zur Schuldenhöhe eine Regelung zur Struktur der Ausgaben hinzufügt. Die Entwicklung des Nettopitalstocks und das Eingehen verdeckter Verbindlichkeiten muss eine zusätzliche Neuverschuldungsobergrenze bilden.

BILD zum drohenden Baustopp bei Autobahnen

19.09.2025

Ähnlich sieht es auch Wolfgang Steiger, Boss des mächtigen Wirtschaftsrates der CDU, zu BILD: „Die Koalition hat ein riesiges Schuldenpaket aufgenommen, um den Sanierungsstau gerade auch im Bereich Verkehr zu lösen. Jetzt legt der Bundesfinanzminister eine Finanzplanung vor, die zentrale Investitionen sogar kürzt und reguläre Mittel aus dem Kernhaushalt durch die neuen Schulden ersetzt. Das ist Wortbruch!“

Handelsblatt zu einer möglichen Erhöhung der Erbschaftsteuer

22.09.2025

Die Wirtschaft sei laut Wirtschaftsrat bereits heute massiv belastet, die Industrie seit 2018 angesichts der „rekordhohen Energiekosten“ um 15 Prozent eingebrochen. „Noch intakt“ sei hingegen die „Erfolgsgeschichte der Familienunternehmen“. Das könnte sich durch Steuererhöhungen aber schnell ändern, lautet die Botschaft.

FAZ zu unserem 10-Punkte-Forderungskatalog für den Herbst

29.09.2025

Das zehnseitige Papier des Wirtschaftsrates, das der FAZ exklusiv vorliegt, trägt den Titel: „Damit auf den Herbst der Reformen ein Frühling des Aufschwungs folgt“. Es versteht sich als „Zehn-Punkte-Agenda für einen starken Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland“ und knüpft an den von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ausgerufenen „Herbst der Reformen“ sowie an die „Agenda2010“ des früheren Kanzlers Gerhard Schröder (SPD) zur Belebung des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme.

WELT zu einem notwendigen Kurswechsel in der Klimapolitik

01.10.2025

Steiger: „Der planwirtschaftliche Ansatz mit einer Vielzahl von Maximalzielen, Hundert-Prozent-Werten, Technologieverboten und -geboten sowie immer kürzeren Fristen in einer künstlich alarmistischen Grundstimmung stammt aus einer anderen Zeit, in der Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit noch keine Themen waren.“

WirtschaftsWoche zur Finanzmarktregeulierung auf EU-Ebene

22.10.2025

Im Ringen um die gebotene Vereinfachung ist jedoch der Finanzsektor weitgehend außen vor geblieben. (...) „Umso dringender muss die Kommission jetzt aber auch die Finanzmarktregeulierung auf den Prüfstand stellen und einen Finanzmarkt-Omnibus auf den Weg bringen“. Dabei dürfe es, so Steiger, „keine Denkverbote geben“.

Börsen-Zeitung zur Unternehmensbesteuerung

13.11.2025

Der Wirtschaftsrat hat (...) dargelegt, wie ein Verwaltungsneustart in der Unternehmensbesteuerung gelingen kann. (...) Der Abbau unnötiger Regulierungen und die Verkürzung von Bearbeitungsfristen würden Staat und Wirtschaft massiv entlasten und wären damit „ein echtes Konjunkturprogramm zum Nulltarif“.

Handelsblatt zu unseren Forderungen an den Bundeskanzler

20.11.2025

„Wir haben keine Zeit mehr. Die Unternehmen investieren nicht und sind verunsichert.“ Die SPD aber bremst immer wieder. „Der Kanzler muss stärker von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und dafür sorgen, dass entschieden und dann auch konsequent umgesetzt wird“, fordert Hamker.

Impressum

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Simon Steinbrück, Johannes Gunst

Bearbeitung:

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

Herstellung:

Unterleider Medien GmbH, Max-Planck-Str. 16, 63322 Rödermark

Bildnachweis:

Titelbild: Jens Schicke; S. 3 – 23: Jens Schicke, Hans-Christian Plambeck, Christian Krappa, Christian Thiel; S. 4: Tobias Koch, EVP-Fraktion; S. 5: Laurence Chaperon; S. 6: Alexander P. Englert; S. 8: Dirk Koch, Otto Kasper Studios; S. 9: Tobias Koch; S. 10 SAP SE; S. 11: Tobias Koch, Sinah Osner / Hessische Staatskanzlei; S. 13: Würth-Gruppe, ING-DiBA, Bauwens GmbH & Co. KG, Bauerfeind AG, Karl-J. Kraus & Partner, Deutsche Börse AG, Bizerba SE, Asklepios, Bonita Grupp privat, Tengelmann Twenty-One KG, Roland Koch, Rudolf Lichtwerbung, Fraport AG, Deutsche Bank AG, Tobias Koch, Verbund AG; S. 15: Würth Gruppe, Kühne & Nagel, Sachverständigenrat, MTU Aero Engines, PwC, Union Asset Management; S. 16: LEG, IQVIA, Vaillant Group, HiSolutions, SAP SE, RWE Generation SE; S. 17: BNP Paribas, Asklepios, LIDL Stiftung & Co. KG, OHB, dm-drogerie markt, Cisco; S. 18: KPMG, H&R, Deutsche Bank AG, Verbund AG, NXP, Essity Europe; S. 19: Quirin Privatbank, Bernhard Krone Beteiligungen GmbH, Capgemini, Teléfonica, AMEOS, Pflegen & Wohnen Hamburg GmbH; S. 20: Speira, UnternehmerTUM GmbH, Idealo Internet GmbH, ConstellR GmbH, PULS 4 Bernhard Eder, Tobias Koch, Stefan Krutsch; S. 21: privat

Stand:

1. Januar 2026



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-0
Telefax 030/24087-405
www.wirtschaftsrat.de
info@wirtschaftsrat.de